

# Kirchen rufen den Skandal aus: Deutschlands Rüstungsexporte steigen

Holger Rothbauer



Foto: privat

Seit 15 Jahren ist die deutsche Sektion von Pax christi Mitglied in der Fachgruppe Rüstungsexport der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE), einem themenspezifischen Zusammenschluss der katholischen und evangelischen Kirche in Deutschland auf allerhöchster Ebene vertreten durch jeweils den „katholischen Botschafter“ und den „evangelischen Botschafter“ zur Bundesregierung in Berlin. Unter den drei verschiedenen Fachgruppen der Konferenz ist auch die Fachgruppe „Rüstungsexport“, die zum 10. Mal einen Jahresrüstungsexportbericht zum Tag der Menschenrechte am 10.12.2006 vorgelegt hat. Dieser Bericht ist der einzige Bericht in Deutschland, der ein ernst zu nehmendes Pendant zum erst seit 2001 erscheinenden Rüstungsexportbericht der Bundesregierung darstellt. Der GKKE-Rüstungsexportbericht wird insbesondere von den Parlamentariern der entsprechenden Bundestagsausschüsse mit besonderem Interesse wahrgenommen, was beim jährlichen Zusammentreffen der Parlamentarier mit den Mitgliedern der Fachgruppe Rüstungsexport der GKKE immer wieder bestätigt wird. Das spezifische Interesse der Fachgruppe ist die Entwicklung von Rüstungsexporten Deutschlands im EU-Kontext an Entwicklungsländer. Die positiven Signale am Anfang der rot-grünen Bundesregierung 1998 wurden jedoch jäh enttäuscht.

Der GKKE-Rüstungsexportbericht 2006 zu den Zahlen von 2005 zeigt wiederholt die deutliche Kritik der Kirchen an den hohen Ausfuhren von Rüstungsgütern in Entwicklungsländer.

„Als unglaublich“ betrachten die Kirchen den Anspruch der Bundesregierung, eine restriktive Rüstungsexportpolitik zu verfolgen.

## Wir halten die Politik für expansiv

„Wir halten die Politik für expansiv. So lautet die kritische Stellungnahme der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) zur

Rüstungsexportpolitik der Großen Koalition. Vor allem kritisiert die GKKE die hohen Ausfuhren der Bundesrepublik in Entwicklungsländer, die zugleich Empfänger öffentlicher Entwicklungshilfe sind. Im Folgenden einige Auszüge des aktuellen Rüstungsexportberichts der GKKE, der im Volltext über das GKKE-Büro in Bonn bezogen werden kann (Kaiserstr. 61, 53113 Bonn, Tel. 0228-103217):

Basis für diese Einschätzung der GKKE ist der steile Anstieg des Werts der exportierten Kriegswaffen um mehr als 40 Prozent auf 1,65 Mrd. im Jahr 2005 gegenüber 1,13 Mrd. € im Vorjahr. Auch bei den Rüstungsgütern gibt es nach den von der Bundesregierung vorgelegten Zahlen einen Anstieg von 3,8 Mrd. € auf 4,2 Mrd.

Die GKKE beobachtet eine Erosion des inhaltlichen Profils der Kriterien, die die Genehmigung von Rüstungsausfuhren ausschließen sollen. Der Gesamtwert aller genehmigten deutschen Rüstungsexporte in Länder, die den Kriterien des EU-Verhaltenskodex für Rüstungsexporte von 1998 nicht zweifelsfrei genügen, betrug im Jahr 2005 etwa 920 Millionen € (s. Tabelle). 36 Staaten, die nach internationalen Maßstäben die Menschenrechtsstandards nicht oder nur bedingt erfüllten, erhielten Importgenehmigungen; in 19 Empfängerstaaten waren innere Gewaltkonflikte im Gange. Bei der gleichen Zahl von Staaten ist fraglich, ob sich die Rüstungsimporte mit den Zielen einer nachhaltigen Entwicklungsstrategie vereinbaren lassen.

Deutschland exportierte 2005 für über 900 Millionen Euro in Länder, die den Kriterien des EU-Verhaltenskodex nicht zweifelsfrei genügen. Abbildung: GKKE-Rüstungsexportbericht 2006, S. 50

Genehmigungen von deutschen Rüstungsausfuhren im Jahr 2005 (Status von Empfängerländern nach Kriterien des EU-Verhaltenskodex)

Land	Menschenrechte	Interne Gewaltkonflikte	Verträglichkeit von Rüstung und Entwicklung	Genehmigte Ausfuhren in Millionen Euro
Afghanistan	Sehr bedenklich	Sehr bedenklich		5,67
Algerien	Sehr bedenklich	Sehr bedenklich	Sehr bedenklich	19,03
Ägypten	Sehr bedenklich	Bedenklich	Sehr bedenklich	8,39
Bangladesh	Sehr bedenklich	Sehr bedenklich	Bedenklich	1,14
Indien	Sehr bedenklich	Sehr bedenklich	Sehr bedenklich	50,85
Indonesien	Sehr bedenklich	Sehr bedenklich	Bedenklich	24,89
Irak	Sehr bedenklich	Sehr bedenklich		25,05
Israel	Sehr bedenklich	Sehr bedenklich		20,35
Jordanien	Bedenklich	Bedenklich	Sehr bedenklich	4,40
Kasachstan	Sehr bedenklich	Bedenklich		2,37
Katar	Sehr bedenklich			9,38
Kolumbien	Sehr bedenklich	Sehr bedenklich		4,01
Malaysia	Sehr bedenklich		Bedenklich	92,78
Nigeria	Sehr bedenklich	Sehr bedenklich		1,97
Oman	Sehr bedenklich		Sehr bedenklich	13,26
Pakistan	Sehr bedenklich	Sehr bedenklich	Sehr bedenklich	99,73
Russische Föderation	Sehr bedenklich	Sehr bedenklich	Sehr bedenklich	12,64
Saudi Arabien	Sehr bedenklich	Sehr bedenklich	Sehr bedenklich	29,85
Singapur	Sehr bedenklich			120,28
Thailand	Sehr bedenklich	Bedenklich	Bedenklich	9,50
Tunesien	Sehr bedenklich			33,00
Vereinigte Arabische Emirate	Sehr bedenklich			316,18

## Ausfuhrgenehmigungen an Entwicklungsländer

Trotz der schon in den Vorjahren von der GKKE geäußerten Kritik schließt die Bundesregierung mit der Sonderkategorie der „klassischen Entwicklungsländer“ Länder mit hohem oder oberem mittlerem Einkommen aus. Dagegen plädiert die GKKE dafür, als Entwicklungsländer all jene Staaten zu bezeichnen, die Empfänger offizieller Entwicklungshilfe sind. Ein solches Vorgehen entspricht den Standards der OECD. Damit wächst zahlenmäßig der Anteil der Entwicklungsländer, die deutsche Rüstungslieferungen erhalten. Gleichzeitig würde der Grad an Transparenz und Vergleichbarkeit internationaler Statistiken zunehmen. Zudem ließe sich der Verdacht entkräften, die Angaben über deutsche Rüstungsexporte in diese Teile der Welt seien schöngefärbt.

Der Wert der Ausfuhrgenehmigungen in Staaten, die die Bundesregierung als „Klassische Entwicklungsländer“ einordnet, hat im Jahr 2005 etwa 911 Millionen Euro betragen (2004: 429 Millionen Euro). Das sind 22 Prozent des Gesamtwerts der genehmigten Einzelausfuhrgenehmigungen für Rüstungsgüter im Jahr 2005.

### 95 Prozent der Genehmigung entfielen auf folgende sieben Staaten:

- Südafrika 67,4 Prozent (U-Boote, Teile für Korvetten)
- Pakistan 11,0 Prozent (Marineausrüstung, Torpedos, Zubehör)
- Indien 5,0 Prozent (u. a. Elektronik, Fahrzeugteile)
- Tunesien 3,6 Prozent (Schnellboote)
- Irak 2,7 Prozent (Geländewagen, sonstige Fahrzeuge)
- Indonesien 2,6 Prozent (Marineausrüstung)
- Algerien 2,0 Prozent (mobiles Feldlazarett)

## Einführung in gewaltfreies Handeln

### Berufsbegleitende Grundkurse in ziviler

#### Konfliktbearbeitung:

Oktober 2007 bis April 2008 in Warburg / Westfalen

November 2007 bis April 2008 bei Naumburg / Saale

(zusammen mit INKOTA)

#### Inhalte:

#### Kommunikation u. Konfliktanalyse

#### Gewaltfreier Umgang mit Unrecht

#### Zivilcourage-Training

#### Mediation u.a.

Nähere Infos bei: Oekumenischer Dienst Schalomdiakoniat, Mittelstraße 4, 34474 Diemelstadt-Wethen,

Tel.: 05694-8033, E-mail: info@schalomdiakoniat.de,

www.schalomdiakoniat.de

## Kaum noch von Bedeutung?

Der starke Anstieg der deutschen Rüstungsexporte in so genannte „klassische Entwicklungsländer“ widerlegt frühere Behauptungen der Bundesregierung, dass Rüstungsausfuhren in solche Länder kaum noch von Bedeutung sind. Nach der OECD-Liste, die alle Entwicklungsländer umfasst, die staatliche Entwicklungshilfe beziehen, ergibt sich ein wesentlich höherer Gesamtwert von 1,65 Milliarden Euro für die genehmigten deutschen Rüstungsausfuhren im

Jahr 2005 an diese Staaten. Das bedeutet, fast 40 Prozent des Werts der genehmigten Exporte in Höhe von 4,2 Milliarden Euro für Waffen und Rüstungsgüter im Jahr 2005 geht in Länder, die gleichzeitig staatliche Entwicklungshilfe erhalten. ■

Rechtsanwalt Dr. Holger Rothbauer ist Sprecher der Kampagne „Rüstungsexporte stoppen“, vertritt pax christi Deutschland in der GKKE-Arbeitsgruppe Rüstungsexporte und ist Experte für Abrüstungsfragen bei PCI.

## Den Krieg im Irak beenden

*Aufruf der pax christi-Regionalstelle Osnabrück/Hamburg vom 20. 3. 2007*

Heute, am 4. Jahrestag des Kriegsbeginns der USA im Irak, ruft das Leitungsteam der pax christi-Regionalstelle in den Bistümern Osnabrück und Hamburg die USA und ihre Verbündeten auf, sofort Schritte für den Rückzug des Militärs einzuleiten. Statt militärischer Maßnahmen ist es dringend erforderlich, die Menschen im Irak bei der Entwicklung einer zivilen Gesellschaft in einem demokratisch strukturierten Staat und beim wirtschaftlichen Aufbau zu unterstützen. Dies gilt in gleicher Weise für Afghanistan.

Im Irak hat der Krieg bis heute über 65.000 Zivilisten das Leben gekostet, 3.465 ausländische Soldaten sind umgekommen. Es kam zu 1.279 Bombenanschlägen mit 11.233 Toten und 23.043 Verletzten. Nach Schätzungen des UNO-Flüchtlingskommissariates sind seit der Invasion bis zu zwei Millionen Iraker in die Nachbarländer geflüchtet. Die täglichen Ausgaben der USA für den Krieg belaufen sich auf 150 Millionen US-Dollar.

**pax christi ruft Gemeinden, Gruppen und Initiativen dazu auf, sich über die politische Situation zu informieren, an geeigneten Orten Friedensgebiete zu organisieren und sich so für den Frieden einzusetzen.**

## ÖRK startet neue Friedensinitiative

Der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) wird im Rahmen einer Konferenz in Jordanien (17. - 21. 6. 2007) eine internationale, zwischenkirchliche Friedensinitiative in Israel und Palästina starten – **das Ökumenische Forum für Israel/Palästina**. Die Initiative ist ein großer Schritt zur Verwirklichung des ÖRK-Vorhabens, die Kirchen auf der ganzen Welt für Frieden und Gerechtigkeit in Nahen Osten zu mobilisieren. Sie wird während der diesjährigen Veranstaltungen anlässlich der 40-jährigen Besetzung Palästinas gestartet werden. An der Eröffnungskonferenz werden ÖRK-Mitgliedskirchen und kirchliche Organisationen aus verschiedenen Teilen der Welt und besonders Kirchen aus dem Nahen Osten teilnehmen. Das geplante Forum soll die bestehende Fürsprachearbeit der Kirchen koordinieren und neue gemeinsame Friedensinitiativen fördern. Die an der Konferenz teilnehmenden Kirchen aus dem Nahen Osten werden ihre Vorstellungen von einem gerechten Frieden darlegen und von ihren Erfahrungen mit dem Konflikt berichten. Kirchen aus anderen Teilen der Welt werden über die Lektionen berichten, die sie aus anderen tief wurzelnden Konflikten – z. B. in Südafrika, im Sudan oder in Sri Lanka – gelernt haben. Während der Konferenz werden Kirchen und zivilgesellschaftliche Gruppen in aller Welt an den Beginn der Besetzung Ostjerusalems, Westjordanlands und des Gazastreifens im Jahr 1967 erinnern und an die darauf folgenden 40 Jahre, die von Leid, Vertreibung und Verlust geprägt sind. Pressemeldung des ÖRK vom 07. März 2007. **Kontakt: media@wcc-coe.org**